

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Adolf Kessel und Matthias Lammert (CDU)

Einrichtung einer Taskforce zur Intensivierung der Abschiebungsbemühungen in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Erhofft sich die Landesregierung durch die Einrichtung der Taskforce eine Steigerung der Abschiebungszahlen?
2. Wenn die Landesregierung die Notwendigkeit der Intensivierung der Rückführungsbemühungen insbesondere von straffälligen Asylsuchenden ohne Bleibeperspektive sieht, von welcher Zahl ausreisepflichtiger, straffällig gewordener Asylsuchenden geht die Landesregierung aktuell aus?
3. Da Ministerin Spiegel gegenüber der Presse mitgeteilt hat, dass sie, wie bereits die Opposition vor mehreren Monaten, eine sehr unterschiedliche Rückführungspraxis in den Kreisen und kreisfreien Städten wahrnimmt, stellt sich die Frage, mit welchem Vollzugsdefizit die Landesregierung in Fragen der Rückführung rechnet?
4. Wieso lehnt die Landesregierung angesichts des zunehmenden landesseitigen Engagements zur Intensivierung der Rückführung weiterhin eine landesweite Zentralisierung der Rückführung, wie sie die CDU-Landtagsfraktion bereits in den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017/2018 vorgeschlagen hat, ab?

Adolf Kessel und Matthias Lammert